

Bernhard Müller<sup>1</sup>

Dresdner Rede 2010

## **„Gleiche Lebensbedingungen“ waren gestern ... Werden wir mehr Ungleichheit tolerieren müssen?**

Dresden, Schauspielhaus, 7.3.2010, 11:00 Uhr

### **I. Regionale Gleichheit versus Generationengerechtigkeit**

Ich erinnere mich als wäre es gestern gewesen. Wir – meine Kollegen aus meinem Institut und ich – waren seit einiger Zeit dabei, in Johannegeorgenstadt der „Schrumpfung an der Peripherie“ – so der Titel des später erschienenen Buches – nachzuspüren.

Wir wollten die Folgen des demografischen Wandels verstehen lernen, Verhältnisse vor Ort studieren, wie sie uns in einigen Jahrzehnten überall in Deutschland begegnen könnten. – In einer ehemaligen Uranbergbauregion, die bis in die frühen fünfziger Jahre hinein durch den rigorosen Uranabbau arg gebeutelt worden war. – In einer Region, die ehemals 100.000 Arbeitsplätze bot. – Einer Region mit erheblichen Umweltproblemen und Gesundheitsbelastungen. – In einer Stadt, deren Einwohnerzahl nach dem Boom um 1950 auf ein Achtel zurückgegangen war. – In einer Stadt, von der man sagte, sie sei „überaltert“, weil die jungen Leute weggezogen und nur die Alten geblieben waren. – In einer Stadt, die die Zeichen der Zeit erkannt hatte und in den 90er Jahren zu handeln begonnen hatte, als eine der ersten Städte in Deutschland.

Und wir versuchten herauszufinden, was getan werden müsse, um die enormen Herausforderungen zu bewältigen – gemeinsam mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden, ihren Verwaltungen und vielen aktiven Bürgerinnen und Bürgern.

Da war an einem frühen Montagmorgen im September 2004 Überraschendes im Radio zu hören. Bundespräsident Horst Köhler hatte in einem Focus-Interview davor gewarnt, die – wie er sagte – großen Unterschiede in den Lebensverhältnissen in Deutschland einebnen zu wollen.

Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck hielt dagegen: Es sei nicht zu akzeptieren, dass es Regionen mit 20 Prozent Arbeitslosigkeit auf Dauer geben solle.

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Müller ist Direktor des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden und Professor für Raumentwicklung an der Technischen Universität Dresden. Er ist außerdem Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft

Und Sachsen-Anhalts Regierungschef Böhmer erinnerte an das Ziel – wie er sagte – „gleichartiger“ Lebensverhältnisse im Grundgesetz.

Da hatte der Bundespräsident etwas angesprochen, was uns Raumwissenschaftler bei der täglichen Arbeit aufs Tiefste berührte: den Widerspruch zwischen dem, was als Ziel in politischen Sonntagsreden gepredigt wurde, und dem, was wir Tag für Tag angesichts der Übermacht an Problemen vor Ort erlebten.

Der Anlass für die öffentliche Kontroverse war – wie so oft – harmlos. Der Bundespräsident war – kurz nach seinem Amtsantritt – gefragt worden, ob man nicht nach 15 Jahren Einheit so viel Ehrlichkeit aufbringen müsse, den Menschen beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern zu sagen, dass sich dort nie wieder Industrie ansiedeln werde.

Seine Antwort – ich zitiere: „Solche Prognosen kann niemand seriös abgeben. Aber unabhängig davon gab und gibt es nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen.“ Und jetzt kommt die zentrale Aussage: „Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf.“

Oder anders ausgedrückt: Gleiche Lebensbedingungen waren gestern ... schon eine Illusion! Es gab sie nie, und auch der Anspruch darauf ist nicht mehr zeitgemäß.

Was zeigt uns dieses Ereignis von vor mehr als fünf Jahren? – Zweierlei:

Erstens: Beim Thema Gleichheit schlagen die Wellen der Aufgeregtheit sehr schnell hoch. Deutschland sei, mehr als viele andere Länder, auf Gleichheit fixiert, schrieb kürzlich Philip Plickert in einer Kolumne in der FAZ. In Umfragen zeige sich, dass immer mehr Deutsche den Begriff der Gleichheit höher schätzten als den Begriff der Freiheit. „Freiheit“ werde mit Unsicherheit und Risiken sowie mit "sozialer Kälte" verbunden. Daher würden Deutsche der Gleichheit – verstanden als Einebnung materieller Unterschiede – gerne den Vorzug geben. „Doch dieses Ideal erweist sich als Illusion“, schreibt Plickert weiter, „es folgt daraus Enttäuschung. Inzwischen sagt eine Mehrheit, es gehe in der Bundesrepublik nicht mehr "gerecht" zu.“

Und zweitens zeigt uns der Fall: Dass eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung nicht losgelöst werden kann von der Frage, welche Auswirkungen unsere Entscheidungen von heute für unsere Kinder und Enkelkinder haben werden. Wenn Köhler dem auf regionalen Ausgleich fixierten Subventionsstaat eine Absage erteilt und dabei auf die Schuldenlast für die junge Generation hin-

weist, dann plädiert er für mehr Nachhaltigkeit – gerade angesichts des demografischen Wandels in unserer Gesellschaft.

Wir stehen vor einem Dilemma: Sollen wir den Versuch aufgeben, mehr regionale „Gleichheit“ zu schaffen, weil die Kosten dafür nicht mehr tragbar sind? Die vor wenigen Tagen vorgestellten Ergebnisse der sächsischen Kabinettsklausur zu den Eckwerten für den Doppelhaushalt 2011/2012 sprechen ja diesbezüglich eine deutliche Sprache.

Oder wollen, ja: müssen wir nicht gerade immer wieder den Versuch wagen, regionale „Gleichwertigkeit“ zu schaffen, um unseren Kindern und Enkelkindern eine bessere Zukunft überhaupt erst zu ermöglichen?

Oder anders ausgedrückt: Was hat Priorität? Der regionale Ausgleich oder die Generationengerechtigkeit?

## **II. Regionale Unterschiede in Deutschland**

Auch nur annähernd gleiche Lebensbedingungen gibt es in Deutschland nicht und es gab sie nie. Die „Sächsische Zeitung“ titelte am 2. Februar: „Ostdeutsche arbeiten länger und verdienen weniger“. Recht hat sie: In Sachsen verdiente ein Arbeitnehmer mit knapp 23.000 Euro im Jahr 2008 durchschnittlich etwa 10.000 Euro weniger als in Hamburg. Und er lag mit seinem Einkommen fast 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig hatte er immer noch ein höheres Durchschnittseinkommen als seine Kollegen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Solche Vergleiche machen wir gerne. Aber zeichnen sie ein realistisches Bild? – Durchschnittszahlen müssen wir mit Vorsicht behandeln, denn sie verzerren die reale Lebenswelt der Mehrheit der Menschen. Es ist nämlich immer eine Minderheit, für die ein Durchschnittswert genau zutrifft.

Zudem sind solche Vergleiche für den Einzelnen oft irrelevant: Den etwa 230.000 Menschen – das sind 13 Prozent der Einwohner –, die in Hamburg ganz oder teilweise auf Sozialleistungen angewiesen sind, nützt es nichts, dass der durchschnittliche Jahresbruttolohn in der Hansestadt bundesweit Spitze ist. Eher das Gegenteil ist der Fall.

Selbstverständlich müssen wir den Einkommen nämlich die Lebenshaltungskosten gegenüberstellen. Und auch sie sind in Hamburg im Durchschnitt höher als in Dresden, aber es zeigt sich Überraschendes: Die günstigsten deutschen Regionen liegen nicht etwa in Ostdeutschland, sondern in Bayern und Niedersachsen – in der Oberpfalz, im Bayerischen Wald und im Wendland. Erst dann fol-

gen die Oberlausitz oder andere ostdeutsche Regionen. Nur in wenigen Regionen in Ostdeutschland kann das Preisniveau die unterdurchschnittlichen Einkommen kompensieren. Oft macht die Attraktivität einer Stadt das Leben dort sogar verhältnismäßig teurer. Dresden gehört zu dieser Gruppe!

Fragen wir also die Menschen selbst, wie wohl sie sich dort fühlen, wo sie leben! Schenkt man bundesweiten Untersuchungen Glauben, so zeigt sich: Am wohlsten fühlen sich die Menschen in Köln, Bonn, Stuttgart und München in Westdeutschland sowie in Berlin, Leipzig und Dresden im Osten, zudem in einigen mittelstädtischen Regionen im Westen: zum Beispiel im Münsterland, Oldenburg, Osnabrück, Oberbayern, am Oberrhein und Bodensee.

Nicht zufrieden ist man mit der Lebensqualität insbesondere dort, wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht und wo die Abwanderung der jüngeren Erwachsenen besonders stark ist.

Und hier zeigen sich bundesweit erhebliche Unterschiede. Zum Beispiel liegt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Landkreis Eichstätt in Bayern bei weniger als 3 Prozent, im Landkreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern hingegen bei fast 20 Prozent. Es ist kein Einzelfall, dass schon heute in manchem Ort jeder Dritte arbeitslos ist.

Und was wir fast täglich erleben: Junge Menschen – insbesondere die agilen und gut ausgebildeten – ziehen dorthin, wo es Arbeit gibt. Vor allem junge Frauen gehören dazu. „Die Dörfer sind männlich“ war deshalb vor einiger Zeit zu lesen, angesichts des akuten Überhangs an Männern auf dem Lande. Vielerorts droht eine „intellektuelle Erosion“ sondern gleichen. „Zurück bleibt eine „neue Unterschicht“, unqualifizierte Männer“, so schrieb der Focus vor einiger Zeit.

Die Politik ist vielerorts ohnmächtig gegenüber dieser Abstimmung mit den Füßen, Rückholbemühungen gelingen nur dann, wenn realistische Perspektiven geboten werden können. Und dies ist viel zu selten der Fall.

Regionale Unterschiede haben konkrete Bedeutung für unsere Lebenswelten, für jeden von uns: Als junger Wissenschaftler führte ich in Bayern Interviews mit Bürgermeistern, insbesondere auch in kleineren Gemeinden durch. Es passierte mir mehr als einmal, dass ich zum Termin am frühen Morgen mit dem öffentlichen Verkehr zwar gut anreisen konnte, aber dann nach einer Stunde bis zur Mittagszeit festsass, hoffen musste, dass es um 9 Uhr eine offene Gaststätte gab – die Alternative wäre vielleicht noch die Kirche gewesen –, um im Warmen und Trockenen bis zur Ankunft des Busses zu warten, der mich zusammen mit den Schulkindern, die mich am Morgen schon begleitet hatten,

wieder an meinen Ausgangsort zurückzubringen. Und das war in den frühen 80er Jahren.

Heute sind die Unterschiede noch gravierender. Der Münchner Verkehrsverbund bietet 234 Fahrten pro Einwohner und Jahr. ÖBB in Sachsen-Anhalt dagegen kommt auf gerade einmal 30, und das auch nur, weil der Schülerverkehr noch danach verlangt.

Aber natürlich betreffen uns nicht nur Unterschiede beim öffentlichen Verkehr. Viel mehr machen uns in peripheren ländlichen Regionen der Ärztemangel oder die Ausdünnung des Schulnetzes Sorgen.

Denken wir aber auch an die kleinteiligen Unterschiede! Reiche Gemeinden liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zu armen. Wohlhabende Stadtteile liegen neben solchen, in denen sich eine Verödungs- und Verelendungsspirale in Gang gesetzt hat.

Als junger Akademiker zog ich in den späten 70er Jahren nach Hannover, in ein Gebiet, das zu den sozialen Brennpunkten der Stadt gehörte, äußerlich zunächst kaum zu erkennen, dann aber im Haus und in der unmittelbaren Nachbarschaft sehr schnell zu spüren. Jenseits der Straße lag ein gut situiertes Einfamilienhausgebiet. Nicht einmal dieselbe Straßenbahn benutzten die Bewohner beider Gebiete.

Und schauen wir noch einmal nach Hamburg: Dort liegt der Anteil der Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, im Bezirk Hamburg-Mitte bei über 20 Prozent, im wohlhabenderen Bezirk Eimsbüttel hingegen bei weniger als 10.

Was dies für unsere Zukunft bedeutet, können Sie sich ausmalen. „Sage mir, woher du kommst, und ich sage dir, wer du bist“. In vielen Entwicklungsländern trifft dies seit langem zu. Ist das in Zukunft auch bei uns der Fall?

### **III. Relative Ausgeglichenheit**

Lassen Sie uns aber auch die andere Seite sehen:

Wie viel Prozent der Bevölkerung in Deutschland – glauben Sie – braucht mit dem PKW mehr als 15 Minuten bis zur nächsten Mittelstadt, zum Beispiel für einen Besuch beim Facharzt – es geht mir um die Fahrtzeit, nicht um die Wartezeit, bis man einen Termin erhält –, zum Krankenhaus, zur weiterführenden Schule, zum Einkaufen, zum Kino? Antwort A: 10 Prozent? B: 50 Prozent? C: 70

Prozent? D: 90 Prozent? Es geht um mehr als 15 Minuten bis zum nächsten Zentrum.

Bedenken Sie: Etwa 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland lebt in Groß- und Mittelstädten. Und weitere fast 30 Prozent leben in Orten, von denen das nächste Zentrum relativ schnell mit dem PKW erreichbar ist. Also stimmt Antwort A: 10 Prozent. Eine Doktorandin unserer Graduiertenschule zum demographischen Wandel, die im Elternhaus nördlich der Dresdner Heide wohnte, brauchte bis vor kurzem zur Universität mit dem öffentlichen Verkehr mehr als eine Stunde. Sie entschloss sich, in die Dresdner Neustadt zu ziehen.

Und schließlich noch eine Frage: Was meinen Sie, wie viel Prozent der Bevölkerung in Deutschland mehr als 20 Minuten braucht, um ein Krankenhaus zu erreichen? – Es sind ganze 2 Prozent! Weniger als 2 Millionen Menschen, etwa in ländlichen Gebieten Nordostdeutschlands, der Rhön und des Schwarzwalds. Mehr als 80 Millionen Menschen in unserem Land sind dagegen recht gut versorgt. Dies zeigt, auf welch hohem Niveau wir über Ungleichheit klagen. In vielen anderen Ländern Europas, träumt man von solchen Verhältnissen, ganz zu schweigen von anderen Teilen der Welt.

In der Europäischen Union hat man „Ungleichheit“ pragmatisch definiert: Mit den sogenannten Strukturfonds werden nur Projekte in Regionen mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts gefördert. In Ostdeutschland hat man übrigens deshalb nach den letzten EU-Beitrittswellen auf manchen Euro verzichten müssen – die neuen Mitgliedsstaaten sind einfach ärmer.

Warum ist die Situation in Deutschland bei allen Unterschieden vergleichsweise günstig? Aus meiner Sicht gibt es drei wesentliche Gründe:

Erstens haben wir historisch ein Siedlungssystem mit vielen Zentren geerbt, ein dicht gewebtes Netz von Klein-, Mittel- und Großstädten – in gewissem Maße ein Vorteil der Kleinstaaterei früherer Jahrhunderte. „Kurze Wege“ sind uns vertraut.

Zweitens: Wir haben genau diese Polyzentralität im 20. Jahrhundert zu einer Grundlage unserer räumlichen Entwicklung gemacht. Dahinter standen die Ideen eines Mannes, der den meisten in Deutschland wenig bekannt ist: Walter Christaller. Brian Berry und Chauncy Harris, zwei Altmeister der US-amerikanischen Geographie, schildern uns den Enthusiasmus, mit dem Christaller als Kind, an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, Landkarten studiert. Er entstammt aus relativ armen Verhältnissen; fürs Reisen fehlt der Familie das Geld; die Reise mit dem Finger auf der Landkarte ersetzt den Urlaub. Er fragt sich als Kind,

warum sich Städte unterschiedlicher Größe wie Perlen an einer Kette relativ regelmäßig entlang der Verkehrswege aufreihen.

Mit seiner Dissertation über die zentralen Orte in Süddeutschland fand er später selbst die Antwort auf seine Kindheitsfragen.

Die Erkenntnis von Christaller klingt für uns heute fast selbstverständlich: Städte und Gemeinden haben unterschiedlich große Einzugsbereiche. Je höherwertiger ein Gut oder eine Dienstleistung ist, desto weitere Wege nehmen die Nachfrager in Kauf, desto größer ist der Einzugsbereich, desto größer ist die – wie Christaller es nennt – „Zentralität“ des entsprechenden Ortes. Einkaufs- und Berufspendler zeigen uns noch heute die Gültigkeit dieses Prinzips.

Dies kann man sich bei der Planung zu Nutze machen, indem man ein flächen-deckendes Netz von zentralen Orten schafft.

Die zentralörtliche Einstufung von Städten und Gemeinden ist allerdings höchst konfliktgeladen. Denn damit verbinden die Gemeinden in der Regel die Hoffnung auf Fördergelder. Bei den Kreisgebietsreformen und der Schulnetzplanung in Sachsen spielte die Einstufung eine große Rolle.

Heute ist dieses Netz aber teilweise löchrig geworden.

Schließlich ein dritter Grund für unsere – bei allen Unterschieden – relativ ausgeglichenen Strukturen in Deutschland: Er liegt in der Tatsache, dass die Väter der Verfassung die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ in das Grundgesetz aufgenommen haben. Sie ist Teil des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses in Deutschland. Seit 1994 ist jedoch nicht mehr von „einheitlichen“, sondern von „gleichwertigen“ Lebensverhältnissen die Rede.

Artikel 72 – das ist die entscheidende Passage – begründet dabei kein Verfassungsgebot, für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen, sondern beinhaltet lediglich eine „Ermächtigungsklausel“ für den Bund. Der Bund soll dann tätig werden, wenn die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht.

Zunächst sind die Länder für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse verantwortlich. Der Länderfinanzausgleich hilft den ärmeren Ländern dabei. Die Landesentwicklungsplanung formt dies inhaltlich aus.

Im Jahr 2002 stellte das Bundesverfassungsgericht klar, dass gleichwertige Lebensverhältnisse allein wegen unterschiedlicher Lebensstandards noch nicht bedroht sind. Dies ist erst dann der Fall, wenn sich die Lebensverhältnisse so weit auseinander entwickeln, dass das bundesstaatliche Sozialgefüge erheblich beeinträchtigt ist.

Sie sehen, es gibt erhebliche Interpretationsspielräume. Fest steht aber: Gleichwertig ist nicht gleich!

#### **IV. Die alternde Gesellschaft und ihre Folgen**

Die beachtlichen regionalen Unterschiede in Deutschland – und zwar nicht nur die zwischen Ost und West, sondern insbesondere auch die kleinräumigen, eher versteckten überall im Land – gehören zu den großen Herausforderungen unserer Zeit, ähnlich wie die sozialen Klüfte, die sich vielerorts auftun.

Können wir das heute erreichte Maß an Ausgeglichenheit aufrecht erhalten oder gerät es ernsthaft in Gefahr? Vor welche Herausforderungen stellt uns die „demografische Wende“?

Die Fakten kennen wir: Im Jahr 2060 wird es in Deutschland fast so viele Hochbetagte geben, wie junge Menschen. Jeder Fünfte ist heute 65 Jahre oder älter, 2060 wird es jeder Dritte sein.

Die gute Nachricht dabei: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts betrug die Lebenserwartung der Frauen in Deutschland bei der Geburt 48 und die der Männer 45 Jahre. Heute liegt sie bei 82 und 77 Jahren.

60-Jährigen stehen heute im Durchschnitt noch 23 Jahre zur Verfügung. Und der Trend wird anhalten: In 40 Jahren kommen fünf Jahre Lebenserwartung dazu. Das heißt: Wenn wir heute das Schauspielhaus verlassen, werden wir 10 Minuten an Lebenserwartung gewonnen haben.

Und noch eine gute Nachricht: Immer mehr Menschen erreichen nicht nur ein hohes Alter, sondern das – anders als in vergangenen Zeiten – auch bei besserer körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit. Allerdings ist von den 60- bis 65-Jährigen in Deutschland heute nur noch jeder Vierte erwerbstätig, und dieser Anteil schrumpft im weiteren Altersverlauf schnell auf wenige Prozent. Nutzen wir unsere Leistungsfähigkeit in angemessener Art und Weise?

Bedenken wir auch: Die Menschen in Deutschland werden nicht nur älter, sondern auch weniger. „Schrumpfung“ nennen Fachleute diesen Rückgang der Bevölkerung.

In 50 Jahren werden in Deutschland nach derzeitigen Schätzungen 15 bis 20 Prozent weniger Menschen leben als heute. In Ostdeutschland wird der Rückgang mit Ausnahme von Berlin stärker sein. Und Hamburg ist wieder einmal Spitze: Es wird – wenn überhaupt – nur in geringem Maße schrumpfen.

Berlin wird übrigens nach den neusten Schätzungen schon in rund 40 Jahren mehr Einwohner haben als Sachsen. „Sachsen schrumpft sich älter“ hat die Sächsische Zeitung vor wenigen Tagen treffend formuliert. Man kann das auch für Deutschland insgesamt sagen. Und ebenso für Europa, denn unsere europäischen Nachbarn kämpfen mit ähnlichen Problemen.

Es ist müßig zu sagen, dass Unterschiede in Alterung und Schrumpfung auch kleinräumig auftreten. Gemeinden, die sich als Gewinner des demografischen Wandels fühlen, liegen neben solchen, die massiv an Bevölkerung verlieren oder in denen die ältere Einwohnerschaft langsam die Oberhand gewinnt.

Die Gründe für diese Entwicklung? Weniger Kinder, längeres Leben, in vielen Regionen auch Abwanderung.

Und die Folgen? Sie reichen weit ins Persönliche hinein. Und sie kommen schleichend.

Stellen Sie sich vor: Sie wohnen in einem Haus mit 10 Wohnungen in einer deutschen Kleinstadt, idyllisch gelegen. Vor zwei Jahren sind sie in Rente gegangen. Glück gehabt. Nie arbeitslos.

Seit einiger Zeit wundern Sie sich, dass Sie in der Wohnung über Ihnen keine Schritte mehr hören. Die vertrauten Schritte, das Gepolter der beiden Kinder, das Sie manchmal am Morgen aus dem Schlaf riss. Voller Ungeduld auf die Schule. Die Leute sind wohl ausgezogen. Er hatte ja vor einiger Zeit seine Arbeit verloren. Konnten vielleicht die Miete nicht mehr bezahlen. Nicht einmal verabschiedet haben sie sich.

Zunächst freuen Sie sich, dass mehr Ruhe eingekehrt ist. Dann nach einigen Monaten wundern Sie sich, dass immer noch niemand eingezogen ist. Und nach mehr als einem Jahr auch nicht. Nein, inzwischen ist auch die Wohnung neben Ihnen leer geworden. Zumindest die haben sich verabschiedet. Nach Hamburg würden sie ziehen. Dort habe er eine Arbeit als Feinmechaniker gefunden. – Ja, bei uns hat der letzte Betrieb gerade zugemacht. Schön für die Familie. Und einen prächtigen Sohn haben die. Aus dem wird mal was. Auf die Mittelschule soll er gehen. Wäre bei uns nichts geworden. Unsere hat vor kurzem zugemacht. Hier schicken die Leute ihre Kinder wieder in Zwergschulen wie vor 100 Jahren. Na, ist doch gut dass die Leute Arbeit finden.

Im Frühjahr kommt Ihre Heizkostenabrechnung. Sie trauen Ihren Augen nicht. Unaufhaltsam steigen die Preise. Nachzahlung. Schon wieder wird Ihre Heizkostenpauschale erhöht. Da fällt es Ihnen auf: der Verbrauch ist auch gestiegen. Wie kann das sein? „Es war in unserer Wohnung doch gar nicht wärmer als in

den Vorjahren“ – sagen Sie sich. „Und die Leute unter uns heizen doch so stark, dass wir eigentlich kaum heizen müssen“.

Dann merken Sie, dass auch in Ihrem Nachbarhaus Wohnungen leer stehen. Und es gibt Häuser, in denen sind sogar fünf Wohnungen leer. Ein Haus steht ganz leer. An den Vorhängen ist das nicht zu erkennen, die hängen da wie immer. Aber bei Ihrer frühabendlichen Runde in ihrem vertrauten Viertel beim Gassi-gehen, kurz vor der Tagesschau, im Winter entdecken Sie immer mehr dunkle Fenster. Gespenstisch!

Vor zehn Jahren hatte Ihre Gemeinde 9.000 Einwohner, jetzt sind es gerade noch 5.000. Die freiwillige Feuerwehr hat immer mehr Nachwuchssorgen. Die Leute haben halt keine Zeit mehr! Immer unterwegs. Na, kein Wunder, die wenigen, die noch Arbeit haben, sind die Woche über ja meist nicht da.

Der Winterdienst bleibt immer häufiger aus. Der Bürgermeister sagt, die Gemeinde könne die Kosten nicht mehr tragen. Mit Ihrem Auto sind Sie schon mehrmals nur knapp einem Unfall entgangen, in der scharfen Kurve unten an der steilen Straße von Ihrem Haus ins Zentrum.

Ja, wie hat sich das Zentrum verändert. Ist ja eigentlich nur noch ein leerer Platz. Ein Geschäft gibt es noch. Zum Einkaufen? Da fährt man ohnehin besser gleich ins Einkaufszentrum. Die Lebensmittel sind dort wenigstens immer frisch, auch wenn der Weg doch ziemlich weit ist. Und schon etwas in die Jahre gekommen ist das Einkaufszentrum. Immerhin ist es noch da. Andere – hört man – sind schon verschwunden.

Freunde kommen aus der Großstadt zu Besuch: Blutdruck gut. Zuckerwerte bestens. Gott sei Dank! Mal wieder auf Urlaub zu Hause. Die sind dauernd unterwegs. Seniorenreisen. ... Sie erzählen: Ja, die Wohnnebenkosten seien bald nicht mehr zu bezahlen! Und die Kanalisation vor dem Haus rieche immer häufiger. Unerträglich sei das manchmal. „Überdimensioniert, heißt es“. ... Die Stadt würde jetzt wieder mehr Kitas bauen. Sollten doch besser etwas gegen den Gestank in der Kanalisation tun! Wofür hat man sich sein Leben lang krummgelegt? Und die Schule hinter dem Haus. „Wir zahlen jetzt weniger Miete. 10 Prozent.“

„Wie habt ihr das gemacht?“ fragen Sie erstaunt.

„Wir haben die Wohnungsgesellschaft verklagt. Der Lärm von der Schule und vom Kinderspielplatz war ja nicht mehr auszuhalten.“ – hören Sie Ihre Freunde erzählen.

Na, die haben gut reden, denken Sie. Sind nie zu Hause, zahlen kaum Miete und beschweren sich über die Kanalisation.

Und weiter ihre Freunde: Bekannte, die sich vor Jahren im Umland ein Häuschen gekauft hätten, wollten zurück in die Stadt, näher an allem dran sein, jetzt, da man in die Jahre komme. Die Frau müsse regelmäßig zum Arzt. Die Kinder seien ohnehin längst ausgezogen. Das Haus sei viel zu groß. Das Rasenmähen – immer mühsamer. ... Aber jetzt würden sie schon seit zwei Jahren versuchen, ihr Haus zu verkaufen. Kein Erfolg. Verrückte Welt ...

Und dann die bohrenden Fragen Ihrer Freunde, die Sie in den kommenden Wochen nicht mehr loslassen: „Was macht Ihr eigentlich hier auf dem Land, wenn Ihr alt werdet? Wenn ihr nicht mehr Auto fahren könnt? Wenn einer von euch krank wird? Wenn ihr Pflege braucht? Eure Kinder sind doch auch weit weg. Hat euer Arzt eigentlich einen Nachfolger gefunden? Wo ist denn jetzt das nächste Krankenhaus? Das alte hat doch zumachen müssen. Was passiert mit den leeren Häusern in eurem Viertel? Wie lange wollt ihr da noch wohnen bleiben? Meint ihr, euer Haus kommt auch noch dran? Mein Gott, geht es uns gut in der Stadt. Wenn doch bloß der Gestank in der Kanalisation nicht wäre ...“.

Wann spielt die Geschichte? – In einigen Gegenden Deutschlands ist sie heute längst Realität, in anderen mag sie noch weit in der Zukunft liegen, vielleicht sogar nie Wirklichkeit werden.

Das Szenario hätte auch anders aussehen können. Etwa: Sie wohnen in „Pensionopolis“, einer der „Seniorenhochburgen“ Deutschlands, die sich schon vor vielen Jahren auf Gesundheitsdienstleistungen für Besserverdienende im Alter spezialisiert haben, gar zu den Marktführern im Wettbewerb gehören, auf dem heiß umkämpften Markt der sogenannten „Silver Economy“, und ihr Image entsprechend pflegen. Viel Bildungsbürgertum. Kultur! Gut, dass Sie finanziell vorgesorgt haben.

Oder: Sie gehören zu denen, die ihre ganzen Ersparnisse in einem Appartement auf Mallorca investiert haben. Sie leben nicht – wie Viele mit einem Anflug von Neid und Bewunderung meinen – in zwei Welten. Nein, Sie haben Deutschland exportiert. Sind in Ihrer deutschen Community integriert, aber eben nicht in der Gemeinde vor Ort. Spanisch lernen im fortgeschrittenen Alter, ist auch nicht Jedermanns Sache. Mit ihren Kindern haben Sie Kontakt – per E-mail. – Wenn Sie krank werden, würden Sie lieber nach Deutschland zurückgehen, aber Ihnen fehlt das Geld. Sie sitzen in der Falle.

Die Beispiele zeigen: Nicht überall altern wir auf gleiche Weise. Und die Bedingungen, die Regionen, Städte und Gemeinden für das Altern bieten, unterscheiden sich stark.

Leben Sie in einer hoch verdichteten Region mit einem hohen Lebensniveau, dann ist Ihre Lebenserwartung im Durchschnitt höher. In Dresden dürfen wir uns dazu zählen. Geringer ist sie in den dünner besiedelten ostdeutschen Gegenden.

Unterschiede bestehen auch beim Anteil älterer Haushalte mit Armutsrisiko. Ihr Anteil liegt in der Gruppe der 55- bis 65-Jährigen in einigen Regionen Bayerns bei weniger als 6 Prozent. In Teilen von Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt hat dagegen fast jeder vierte Haushalt dieser Altersgruppe ein akutes Armutsrisiko.

Das hat Folgen, nicht nur beim Einkauf. Betuchte leben nämlich auch länger. Das sagen zumindest die Statistiken.

Die Ursachen für die Unterschiede sind kaum bekannt: Dazu gehören könnten die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, ein unterschiedliches Gesundheitsverhalten und der ungleiche Zugang zu den Leistungen des Gesundheitssystems.

## **V. Modellprojekte – Stärken und Schwächen**

Was tun, wenn die Bevölkerung weniger und älter wird? Augen zu und durch?

Regionen und Gemeinden sind unterschiedlich auf den demografischen Wandel vorbereitet.

Viele Kommunen versuchen es mit Gegensteuern. Sie meinen, dass sie den Wettbewerb um mehr und junge, gut ausgebildete Einwohner immer noch gewinnen können. Einigen Kommunen gelingt das ja auch. Aber die Einwohner, die an der einen Stelle mehr werden, fehlen eben an einer anderen Stelle, in einer anderen Gemeinde, in einer anderen Region. Dieser Wettbewerb ist für die meisten Kommunen längst ruinös geworden.

Und wieder andere versuchen es durch Anpassen. Sie vergessen aber allzu leicht, dass sich dadurch sehr schnell die Lebensbedingungen weiter verschlechtern können, was den Niedergang beschleunigt.

„Die Zukunft ist gemeinhin die Zeit, in der man bereut, nicht das getan zu haben, was man hätte tun können.“ Dies sagte Georg Milbradt, zum Auftakt des ersten Demografie Gipfels in Dresden im April 2004.

Sachsen hatte sich – wie einige andere Bundesländer auch – auf den Weg gemacht, die demografische Herausforderung angenommen. In der Expertenkommission des Ministerpräsidenten wurde uns sehr schnell klar: Viele der bisherigen Leitbilder haben ausgedient. Die alten Konzepte helfen nicht mehr. Neuorientierungen sind gefragt!

In den letzten 5 bis 10 Jahren ist in Deutschland – nicht nur in Sachsen – Vieles in Gang gebracht worden. Programme wurden aufgelegt, Maßnahmen eingeleitet, Modellprojekte auf den Weg gebracht.

Da sind Projekte und Konzepte rund ums Wohnen und Wohnumfeld: Das Bemühen der Kommunen um altersgerechtes Wohnen. Da sind generationenübergreifende Wohnprojekte, wo es um ein besseres und für alle Beteiligten vorteilhaftes Miteinander geht – im gleichen Haus oder im Stadtviertel. Da geht es um Barrierefreiheit und Wohnberatung, etwa zur Umnutzung von Gebäuden, zur möglichst flexiblen Gestaltung von Wohnungsgrundrissen.

Technische Assistenzsysteme werden entwickelt, etwa intelligente Bewegungssensoren oder Technik zur Unterstützung des alltäglichen Lebens. Sie sollen dazu beitragen, dass Menschen auch noch im hohen Alter in der eigenen Wohnung leben können. Oder es wird nach Möglichkeiten gesucht, die Qualität von Parks und Grünflächen in alternden Stadtteilen zu verbessern.

In anderen Fällen geht es um altersgerechte Mobilität. Bürgerbusse, Rufbusse. Auch die Ruftaxis der Dresdner Verkehrsbetriebe kann man dazu zählen. Der mobile Händler ist wieder im Kommen und kann dazu beitragen, die Versorgungssituation in abgelegenen Gegenden zu verbessern helfen.

Auch andere mobile Dienstleistungen haben Konjunktur: Gemeindegeschwester AgnES trifft man immer öfter auf Hausbesuch über Land. AgnES steht für das Wortnetztüm „arztentlastende, gemeindenahe, e-health-gestützte, systemische Intervention“. Sie soll Ärzte in unterversorgten Regionen entlasten.

Mit mobiler Rehabilitation wird in einem geriatrischen Versorgungsnetz in Berlin experimentiert. In vielen Teilen Deutschlands gibt es inzwischen Stellen zur Pflegeberatung.

Dann organisieren sich Beschäftigungsinitiativen für Ältere über Bildungsnetzwerke und Seniorenakademien, oder das Ehrenamt Älterer gelangt zu neuer Blüte. Die Liste könnte fast beliebig verlängert werden.

Die Beispiele zeigen, dass eine Bewegung in Gang gekommen ist. Sie machen Hoffnung. Aber die Bewegung ist noch zu schwach und sie greift nicht weit genug:

Wir bauen die altersgerechte Stadt, machen Angebote fürs Ehrenamt im Alter. Wir vergessen aber, dass wir in Städten für alle Menschen leben wollen. Wir vergessen allzu leicht, dass Ehrenamt Spaß machen muss und dass es dem, der es übernimmt, Wertgefühl vermitteln muss.

Wir propagieren Wettbewerb um gute Ideen und Projekte, vergessen aber, dass es für gute Ideen kreative Kräfte braucht. Was aber dann, wenn die Kreativen längst aus den am stärksten betroffenen Regionen abgewandert sind? Zudem: Innovationen gehen meist von den Zentren und nicht von den benachteiligten Gebieten aus.

Wir vergessen, dass Projekte, wenn wir sie umsetzen wollen, meist auch Geld kosten. Was aber dann, wenn gerade die am meisten gebeutelten Gemeinden schon ihre laufenden Kosten nicht mehr tragen können?

Und wir vergessen allzu leicht, dass die Möglichkeiten, Vorhaben zu initiieren und umzusetzen, dort in der Regel besser sind, wo auch die Handlungsmöglichkeiten besser sind, also in den Gemeinden und Regionen, die eben noch nicht am unteren Ende der Wohlstandsskala angekommen sind. Dies kann zu weiteren Unterschieden führen.

Wir sprechen von Modellprojekten, meinen aber häufig Einzelbeispiele. Wir vergessen, wofür Modellprojekte gut sein sollen, nämlich Neues zu erproben und dessen Übertragbarkeit zu prüfen. Kann man aber Lösungen wirklich übertragen, brauchen wir nicht gerade die regionalen und lokalen Lösungen?

## **VI. Gewonnene Jahre und die Chancen des Alterns**

Ich habe in den letzten Jahren in der „Akademiengruppe Altern in Deutschland“ mitgearbeitet. Es handelte sich dabei um eine Gruppe von Wissenschaftlern unterschiedlicher fachlicher Provenienz aus zwei Akademien: zum einen der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina und zum anderen der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech. Die Gruppe war von dem inzwischen leider verstorbenen Entwicklungspsychologen und Altersforscher Paul Baltes ins Leben gerufen worden. Sie wurde von der Jacobs-Stiftung finanziell unterstützt.

Die Teilnahme an den Arbeitstreffen unserer Gruppe war für mich so etwas wie ein „Abonnement auf Einblick ins Altern“, jedes Mal auch verbunden mit einem gewissen Erschrecken darüber, was uns bevorstehen kann, wenn wir nicht grundsätzlich neue Wege gehen.

Ich denke: Wenn wir nur in den gewohnten Denkschemata verharren, werden wir es nicht schaffen, die alternde Gesellschaft zum Erfolgsmodell zu machen. Insbesondere wird es uns nicht gelingen, eine Brücke zwischen regionalem Ausgleich und intergenerationeller Gerechtigkeit zu bauen.

Mit dem Thema Alterung werden oftmals Befürchtungen verbunden: Die „Vergrößerung“ unserer Republik sei gekennzeichnet durch einen Verlust an Produktivität und Innovationskraft, Überlastung durch Renten- und Gesundheitskosten, Erlahmen der Reformkräfte in Gesellschaft und Staat.

Alterung und eine steigende Lebenserwartung bedeuteten mehr Krankheit und Pflege. Volkswirtschaften mit alternder Bevölkerung seien zum Nullwachstum verdammt. Die Alten nähmen den Jungen die Arbeit weg.

„Keine Angst vor dem Alter“ hieß es 1996 noch in einem Heft der ZEITPunkte. Der Krieg der Generationen finde nicht statt. Manchmal fällt es schwer, dies heute noch zu glauben.

Wer sagt uns eigentlich, wann wir alt sind? Man hört es wieder und wieder: Das Alter fängt mit 65 Jahren, nein eigentlich schon mit 60, an. Vorstellungen wie diese sind zwar alt, aber dennoch eine soziale Konstruktion. Sie gab es schon in der antiken Welt und sie sind auch in außereuropäischen Kulturen verbreitet.

Der Philosoph Otfried Höffe und der Historiker Josef Ehmer weisen darauf hin, dass das Alter zeit- und kulturübergreifend als teilweiser Rückzug von bisherigen Aktivitäten und als Hinwendung zum Privaten, Innern beschrieben wird. Positiv interpretiert heißt dies Erlangen von Weisheit und Würde, negativ gesehen ist es Ausdruck von Schwäche und Verfall.

In der Neuzeit rückte der Ruhestand in den Vordergrund. Alter wurde zur Zeit der Entpflichtung, aber auch des Verlusts gesellschaftlicher Funktionen. Allerdings muss man bedenken: Als 1889 unter Otto von Bismarck die Altersrente mit 70 in Deutschland eingeführt wurde, lag die durchschnittliche Lebenserwartung für Männer gerade einmal bei 45 Jahren.

Mit dem modernen Staat und mit dem Rentensystem haben kalendarische Altersgrenzen praktische Wirkung für alle erlangt. Heute werden sie mehr und mehr fragwürdig, denn sie ignorieren, dass immer mehr Menschen in höherem Alter zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben fähig sind.

Paul Baltes hat deshalb auch zwei Altersphasen unterschieden: Zum einen die Phase des sogenannten „Dritten Alters“. Der englische Historiker Peter Laslett hat sie als Höhepunkt bzw. Blüte des Lebens bezeichnet. Und die Phase des „Vierten“, des hohen Alters, in dem Gebrechlichkeit vorkommt.

Die gewonnenen Jahre können glücklicherweise ganz überwiegend dem „Dritten Alter“ zugerechnet werden. „Gewonnene Jahre“, die unser Leben nicht nur verlängern, sondern uns auch eine Chance auf ein besseres Leben im Alter bieten. Ob wir diese Chance nutzen und nutzen können, hängt nach unseren Ergebnissen von Vielem ab:

Nämlich davon, dass wir Alter nicht nur als eine Phase, einen Lebensabschnitt verstehen, sondern auf den Lebenslauf insgesamt blicken.

Davon, dass wir bereit sind, lebenslang, das heißt in allen Lebensphasen Neues zu lernen, offen dafür zu sein, uns immer wieder neu zu orientieren.

Davon, dass wir selbst alles dazu beitragen, unsere Produktivität zu erhalten und uns auch im Alter engagieren.

Ob wir die Chancen des Alterns und einer alternden Gesellschaft nutzen können, hängt aber nicht nur von uns selbst ab. Vielmehr ist auch eine Vielzahl von Rahmenbedingungen entscheidend, die es zu schaffen bzw. zu verbessern gilt. Ich will hier nur drei nennen:

Erstens, die Flexibilisierung der Lebensphasen: Die Lebensbereiche Bildung, Arbeit, Freizeit müssen durchlässiger werden. Die Altersforscherin Ursula Staudinger sagt: "Wenn Lernen, Arbeit und Freizeit stärker durchmischt werden und sich in kürzeren Abständen abwechseln, könnte dies einen längeren Verbleib im Erwerbsleben erleichtern und die persönliche Entwicklung und Produktivität befördern".

Zweitens, Anpassungen in der Arbeitswelt: Ältere Menschen können mit ihrer Erfahrung, ihrem Wissensschatz und ihrer sozialen Kompetenz maßgeblich zum Erfolg eines Unternehmens beitragen. „Es gibt keine überzeugenden wissenschaftlichen Belege dafür, dass ältere Arbeitnehmer weniger produktiv sind als jüngere“, sagt mein Kollege, der Ökonom Axel Börsch-Supan. Stigmatisierung und Fehltritte versperren allerdings älteren Menschen allzu oft den Zugang zum Arbeitsmarkt. Frührentner und ältere Sozialhilfeempfänger wissen das nur zu gut.

Und schließlich, mehr bürgerschaftliches Engagement: Es gibt in den älteren Generationen durchaus ein Bedürfnis, sich aktiv zu engagieren. 37 Prozent der 60- bis 69-Jährigen engagieren sich bereits heute in Verbänden, Vereinen, Initiativen. Und weitere 25 Prozent – zwei Millionen Menschen – würden es tun, wenn sich ihnen passende Gelegenheiten eröffneten. Es ist eine Zukunftsaufgabe, solche Möglichkeiten zu schaffen. Auch „zweite Karrieren“ in nicht angestammten Arbeitsbereichen zu ermöglichen, kann dazu gehören.

Wir gewinnen wertvolle Lebensjahre, aber wir sind auf eine alternde Gesellschaft nicht ausreichend vorbereitet. Um mehr aus den Chancen zu machen, müssen wir radikal umdenken. Dies wird nicht leicht sein.

## **VII. Unsere gemeinsame Verantwortung**

Alles was wir wissen, deutet darauf hin, dass wir in der Zukunft mehr Ungleichheit erleben werden.

Wir kamen seinerzeit in Johannegeorgenstadt zu dem Ergebnis, dass periphere Räume gegenüber Alterung und Schrumpfung wesentlich anfälliger sind als großstädtische Zentren.

Und wir haben in unseren Studien auch immer wieder gesehen, dass dies insbesondere dann der Fall ist, wenn wir lange warten, bevor wir handeln: zum Beispiel bis Infrastrukturen schon an der Untergrenze ihrer Tragfähigkeit sind, bis die Leistungskraft der Kommunen nahe bei null angelangt ist, bis die Menschen in Frustration erstarrt sind.

Wir können auch feststellen, dass die Peripherie, aber nicht nur sie, durch Alterung und Schrumpfung einen schleichenden Funktionsverlust erlebt. Sie kann ihn viel schlechter kompensieren als andere Gebiete, wo der Verlust einer Schule nicht den Verlust an Bildung und Chancengleichheit, die Schließung eines Krankenhauses nicht die Gefährdung von Gesundheit, die Schließung eines Betriebes nicht den Verlust an Wertgefühl und Lebensqualität bedeutet.

Dennoch wird die öffentliche Hand die Angebote der Daseinsvorsorge zukünftig nicht allein und nicht mehr in dem Umfang bereitstellen können wie bisher.

Dadurch gerät die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Gefahr. Dies birgt ungeheure Sprengkraft, gerade auch mit Blick auf sozial schwache Gruppen oder benachteiligte Regionen. Der deutsche Sozialforscher und Politologe Frieder Naschold hat schon in den 70er Jahren für sie den zutreffenden Begriff der „Raumopfer“ geprägt.

Raumopfer könnten in der Zukunft vielerorts zu finden sein: Es könnten Menschen in den Regionen sein, die von der Politik frühzeitig aufgegeben wurden. Sie könnten dort anzutreffen sein, wo es an privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren mangelte. Es könnten die Regionen sein, in denen nur noch Mindeststandards einer existenziellen Daseinsvorsorge aufrecht erhalten wurden, denen aber keine weiter gehende Unterstützung mehr gewährt wurde.

All dies mag in Sachsen nicht zutreffen. Ausgeschlossen ist es aber auch nicht!

Wir werden zukünftig mehr Ungleichheit tolerieren müssen – ja, mehr Ungleichheit ...

... wenn wir es nicht schaffen, grundsätzlich umzudenken. Traditionelle Konzepte helfen nicht weiter. Der Subventionsstaat führt in eine Sackgasse, kann angesichts der Dimensionen der Herausforderungen keine adäquate Lösung sein, wenn wir uns auch gegenüber kommenden Generationen gerecht verhalten.

Was wir brauchen?

Wir brauchen die Bereitschaft, das Ziel der „Gleichwertigkeit“ zu überdenken und gegebenenfalls neu zu interpretieren: Regional unterschiedliche Probleme brauchen differenzierte Strategien. Dies setzt Innovation vor Ort und weitgehende regionale Gestaltungsfreiheiten voraus. Denn nur vor Ort kann entschieden werden, wie mit den vorhandenen Ressourcen das Bestmögliche erreicht werden kann.

Wir brauchen das Bewusstsein dafür, dass der Ort, an dem wir altern, einen entscheidenden Einfluss darauf hat, wie wir altern. In der Gemeinde und in den Wohnvierteln, können viele Bedingungen des Alterns gestaltet werden. Die damit verbundenen Chancen werden von Kommunen, Unternehmen, Vereinen und auch älteren Menschen selbst noch zu wenig genutzt. Die „Stadt der kurzen Wege“ bietet geeignete Ansatzpunkte, alternssensible Kommunen für alle Generationen zu verwirklichen.

Wir brauchen die vielen guten Initiativen, Beispiele und Experimente, von denen heute schon die Rede war. Wir brauchen auch den Wettbewerb darum.

Wir brauchen die vielen Menschen, die sich dafür engagieren, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder eine lebenswerte Zukunft haben. Wir müssen ihnen frühzeitig Anreize zum Engagement bieten, im Alter ist es meist zu spät.

Wir brauchen mehr Bewusstsein für die Chancen des Alterns. Wir müssen lernen, diese Chancen besser zu nutzen. Und wir müssen hierfür geeignete Rahmenbedingungen schaffen.

Wir brauchen mehr Verantwortungsbewusstsein. Wir müssen lernen, die Folgen unseres Handelns für uns selbst und die Gemeinschaft besser einzuschätzen, unsere Entscheidungen nicht nur am Jetzt, sondern auch an der Zukunft zu orientieren. Ist es etwa gerecht, wenn wir – zum Beispiel bei der Wahl unseres Wohnstandorts – durch unsere privaten Entscheidungen der Gesellschaft Kosten aufbürden, die früher oder später alle zu tragen haben? Hier tut Beratung Not, um die Folgen von Entscheidungen transparenter und bewusster zu ma-

chen. Auch die Wissenschaft hat hier eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung.

Wir brauchen eine kluge Politik und weitsichtige Unternehmer, die eben nicht nur das Heute und Morgen, sondern auch die Zeit nach dem Übermorgen im Blick haben. Politik und Unternehmen, die nicht nur zu unterscheiden wissen zwischen kurzfristigen Erfolgen und dauerhaftem Nutzen, sondern auch danach handeln und die richtigen Akzente für und in einer alternden Gesellschaft setzen. Die großen Herausforderungen müssen Chefsache sein.

Und wir brauchen Zusammenarbeit. Bundespräsident Köhler hat dies bei der Abschlusskonferenz des Forums Demographischer Wandel im vergangenen Jahr betont, auch unter Hinweis auf die Arbeit unserer Akademiengruppe. Er sagte: „Ich bin überzeugt: Wer einmal die „demografische Brille“ aufhatte, der erkennt, wie sehr alles miteinander zusammenhängt: Sozialpolitik und Bildungswesen, Stadtentwicklung und Familienpolitik, Engagementförderung und Integration. Und der begreift, wie wichtig es ist, vernetzt zu denken und zu handeln.“

Ich sage nicht, dass wir dies alles nicht hätten, tun würden oder könnten. – Aber: Wir brauchen mehr davon! Und wir alle werden gebraucht!